Stadtzeitung der
Deutschen
Kommunistischen
Partei
Mörfelden

Oktober 1984

blick punkt

Nr. 166

Lärm! Lärm ! Lärm ! Lärm! Lärm! Lärm!

Maßnahmen gegen Fluglärm notwendig

Dieser Artikel wurde am 15. Oktober morgens geschrieben. Es ist fast windstill, ca. alle fünf Minuten startet ein Flugzeug von der Startbahn 18 West und fliegt über den südlichen Rand von Mörfelden. Alle fünf Minuten ein Einzelschallereignis von über 80 Dezibel (A). Jetzt wissen wir, warum die Minister in Bickenbach (Odenwald) wohnen. Jetzt werden die Folgen des Wahnsinns Startbahn 18 West deutlich. Keiner der Verantwortlichen muß hier wohnen, sie können sich ins Grüne zurückziehen. Wir können es aber nicht. Gerade dieser äquivalente Dauerschallpegel ist es, der permanent, auch nachts, auf die Bevölkerung unserer Stadt einwirkt. Er ist unerträglich geworden und wird täglich stärker, da immer mehr Flugverkehr auf diese Startbahn gelegt wird. In den Meßstellen werden 87 dB (a) und mehr gemessen. Fluglärm ist im Vergleich zu anderen Lärmerzeugern (Straßenverkehr, Baustellen, Eisenbahn), der wohl störendste. Die Intensität ist weitaus stärker. Das unvorhersehbare, An- und Abschwellen des Fluglärms, der fast explosionsartige Charakter in der Nähe startender Flugzeuge, hat nicht zu unterschätzende Auswirkungen. Die Folgen tangieren mehrere Bereiche. Im medizinischen Bereich sind dies: organische, psychische und sozialpsychologische Schäden, die tief in den Organismus des Menschen und in die Kommunikation unter den Menschen eindringen. Schäden, die von zeitweiligen bis dauernden Hörschwellenverschiebungen reichen, von Schlafstörungen bis zu Konzentrationsstörungen, von extraauralen Lärmwirkungen durch Aktivierung des zentralen und vegetativen Nervensystems, zu Kopfschmerzen, Nervosität, Appetitlosigkeit und Aggressivität. Im ökologischen Bereich sind die Folgen schon jetzt sichtbar. Der Dreck, die Rückstände der Verbrennungen, die die Flugzeuge in die Luft blasen, setzen sich auf die Wälder, Badesee und Schwimmbad sind betroffen. (Fünfmal mehr als in sonstigen Jahren mußte diesen Sommer das Schwimmbecken im Waldschwimmbad gereinigt werden.) Mit der Berechnung des Dauerschallpegels (die Einzellärmereignisse werden auf den ganzen Tag umgelegt), wird der Bevölkerung dargelegt, daß ein Dauerschallpegel von 61 bis 63 dB (a) nicht ungewöhnlich hoch ist im Vergleich zum Straßenverkehrs- oder Industrielärm.

Die DKP bleibt nach wie vor bei ihrer grundsätzlichen Haltung, daß die Startbahn 18 West ökonomisch unsinnig und ökologisch ein Verbrechen ist. Wir sind der Meinung, daß diese Startbahn eine NATO-Rampe ist, gefordert ▶

Eine Aktion der Friedensbewegung in diesem Herbst war die Demonstration vor der US-Air-Base in Zeppelinheim. Den Zusammenhang von der umweltzerstörenden Startbahn West und der lebensbedrohenden Militäreinrichtung wird hier deutlich gemacht.

von den USA, ein Sprungbrett für die schnelle Eingreiftruppe, um die „Interessen" der USA im Nahen und Mittleren Osten zu verteidigen. Wir vertreten die Meinung, daß die Pläne zur Erweiterung der Air-Base auf den Tisch müssen, wir machen keinen Hehl daraus, daß die US-Air-Base weg muß, genau wie das Munitionsdepot im Langener Oberwald.
Wir treten ein für ein Nachtflugverbot auf der 18 West in der Zeit von 20.00 bis 7.00 Uhr und ein generelles Nachtflugverbot auf Rhein-Main in der Zeit von 22.00 bis 6.00 Uhr. Die gestellte Forderung eines eingeschränkten Startverbots in der Zeit von 0.00 bis 4.00 Uhr kann nur als Einstieg in ein generelles Nachtflugverbot gelten.
Darum müssen wir, die Parteien und Organisationen, die Bürgerinnen und Bürger, gemeinsam kämpfen.

Herbert J. Oswald
Kandidat der DKP für die Kommunalwahl 1985

Vor dem Hintergrund dieses Lärmterrors hat die Stadtverordnetenversammlung wieder zur Gemeinsamkeit gefunden. Sie verabschiedete einstimmig einen Resolutions- und Forderungskatalog, den wir im folgenden wiedergeben:

Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenversammlung Mörfelden-Walldorf:

Bezug: Abbau der Lärmsituation, hervorgerufen durch die Nutzung des Flughafens Frankfurt/Main.

1. Der Magistrat wird beauftragt, Verhandlungen mit der Hessischen Landesregierung aufzunehmen mit dem Ziel, beim Flughafen Frankfurt eine Anlage installieren zu lassen, mit deren Hilfe im sogenannten On-line Verfahren Flugweg- und Flughöhenbeobachtungen vorgenommen werden können.
   Diese Anlage soll dem System FANAMOS des Flughafens Amsterdam oder einer gleichwertigen anderen Anlage entsprechen und die Schwachpunkte im Anflug- und Abflugverkehr erkennbar machen, damit daraus unmittelbar Konsequenzen mit dem Ziel vermeidbaren Fluglärms gezogen werden können.

2. Der Magistrat wird beauftragt, folgende weitere Vorschläge auf der Grundlage der Forderungen der Mitglieder der Kommission zur Abwehr des Fluglärms aus dem Kreis Groß-Gerau mit der Hessischen Landesregierung zu verhandeln:
   - Direkter Datenzugriff durch den Flughafenbeauftragten des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik auch zu den Daten der Lärmmeßstelle der FAG.
   - Nutzungsordnung zur Benutzung der Startbahn 18 (mit Festlegung des Startpunktes am nördlichen Ende der Startbahn).
   - Nutzungsordnung zur Benutzung des Parallelbahnsystems.
   - Forderung Nachtflugverbot auf der Startbahn 18 nach Wiederherstellung und Betriebsbereitschaft der Nordbahn des Parallelsystems. Als Einstieg in generelles Nachtflugverbot wird ein Nachtflugverbot von 0.00 bis 4.00 Uhr auf den Pararallelbahnen gefordert.
   - Abbau oder Verlegung des Nachtluftpoststerns. Sofortmaßnahme: Benutzung von lärmarmen Fluggerät.
   - Einstellung der nächtlichen Probeläufe sowohl auf dem zivilen als auch militärischen Teil des Flughafens Frankfurt.
   - Orientierung des freiwilligen Schallschutzfensterprogrammes an den zwischenzeitlich gewonnenen tatsächlichen Meßergebnissen unter besonderer Würdigung der Einzelschallergebnisse.
   - Neuregelung der Lärmabgabe der Fluggesellschaften; Einzahlung der eingehenden Gelder in einen, von der FAG unabhängig zu bildenden Fonds; Verwendung dieser Gelder, unter Mitwirkung der Fluglärmkommissionen, ausschließlich für Lärmschutzmaßnahmen.

Der Frauenarbeitskreis „Umwelt" startete eine Aktion, die Beachtung verdient. Gesammelt wurden in Mörfelden-Walldorf Blechdosen, die der Wiederverwertung zugeführt werden. Diese Aktion fand viel Echo unter der Bevölkerung.

Jeder Bürger dieser Stadt, kann den Versuch aufs Exempel machen.
Er kann sich die Listen von der Meßstelle schicken lassen, er kann sich bei der Fluglärmstelle (Telefon: 069/6 90 22 00) beschweren und einen schriftlichen Bescheid verlangen, um festzustellen, daß der Lärm hier in Mörfelden-Walldorf zwischen 70 und 80 dB und mehr ist. Diese Beschwerden müssen massenhaft bei den zuständigen Stellen eingehen. Mit der Vernichtung unseres Waldes, mit der Zerstörung unserer Umwelt hat es angefangen, mit den Schäden an uns hört es auf. Die Bürgerinitiative hat vor diesen Folgen gewarnt. Durch die Inbetriebnahme der 18 West, tritt die Frage des Fluglärms immer mehr in die Diskussion in der Öffentlichkeit.

Nachdenkliches über die westliche Welt

Die Schaufenster sind gefüllt, die Reklamesprüche großmäulig. Zukunftsprognosen überschwenglich. Es sei „ein Aufschwung im vollen Gange", „frei" die Menschen, und überhaupt der ganze Westen überlegen.
Millionen Menschen in der „westlichen Welt" wissen es anders. Schaufensterauslagen und Wohnungsmieten sind für viele unerschwinglich, für viele ist Medizin und Kur unbezahlbar, Erwerbslosigkeit oft nur Übergang zu Armut, Hunger, Obdachlosigkeit, Drogen, Sekten, Kriminalität.

In den Schlangen vor dem Arbeitsamt stehen Facharbeiter und Professoren, Ungelernte und Ingenieure beiderlei Geschlechts und jeglichen Alters, vor allem ganz Junge und ganz Alte (wobei dort einer mit 45 „alt" ist).

Schuld sei die Rationalisierung. Schon 1856 – auf der Jahresfeier der Arbeiterzeitung „Peoples Paper" sagte Karl Marx in einer Rede: „In unseren Tagen scheint jedes Ding mit seinem Gegenteil schwanger zu gehen... Die neuen Quellen des Reichtums verwandeln sich durch einen seltsamen Zauberbann zu Quellen der Not." Aber Marx glaubte nicht an Zauber. Er wußte: Wenn's um Profit geht, werden Arbeitsplätze im kapitalistischen System zu Hunderttausenden vernichtet.

Von den Höhen der Selbstbeweihräucherung der angeblich heilen Welt, kapitalistischen Welt, führt eine einfache Kausalkette auf den harten Boden der Tatsachen (sprich: zu den Gebrechen des gewöhnlichen Kapitalismus). Und diese Linie lautet: Profit – Hochrüstung – überhöhtes Haushaltsdefizit – Verschuldung – Hochzinspolitik – Kapitalflucht zu den hohen USA-Zinsen, darum keine Investitionen in Westeuropa, keine neuen Arbeitsplätze –Massenarbeitslosigkeit – Massenarmut – Kaufkraftverlust – den Gürtel enger schnallen – Kanonen statt Butter...

Es ist eine Gesellschaft, die ständig Unterdrückung, Gewalt und Aggression hervobringt, weil sie Geld, Einfluß und Macht über Menschen und Völker zum Maß aller Dinge macht – in der Öffentlichkeit wie in der Familie. Die Widerspiegelung erleben wir als Konsumenten des Fernsehens in Serien wie „Dallas" oder „Denver Clan". Ein Germanist, Prof. Günter Waldmann von der Hochschule Reutlingen, erklärte kürzlich: Hier werde ein Bild des amerikanischen Menschen vermittelt, das erschreckend und bedrohlich sei, das Bild eines bis in sein Familienleben hinein auf Konflik programmierten und ganz durch Gewalt bestimmten Menschen: „Der Gedanke, daß das der Amerikaner ist, der mit seinen Atombomben die Sicherheit und den Frieden Europas und der westlichen Welt garantieren will, kann meiner Einschätzung nach nur Beklemmung und Angst hervorrufen" („Deutschlandfunk", 6. 8. 1984, 6.05 Uhr).
2,6 Billionen Dollar will die Reagan-Administration zwischen 1982 und 1989 für die nukleare, chemische und Weltraum-Hochrüstung ausgeben. Das sind 300 Milliarden Dollar mehr als in den 35 Jahren von 1946 bis 1981.
In den USA sind 35,5 Millionen Amerikaner von der Masenarbeitslosigkeit betroffen. Thomas O'Neill, Präsident des USA-Repräsentantenhauses, erklärte: „Als die Reagan-Regierung die Armutsrate 1982 auf 15 Prozent trieb, sagte die Regierung, der Trend würde sich 1983 ‚dramatisch' umkehren. Doch das Gegenteil geschah. Reagan leugnet, daß seine Politik die Reichen reicher und die Armen ärmer gemacht hat. Die heutigen Fakten des Büros für Volkszählung beweisen jedoch, daß genau das der Fall ist." Die Arbeitslosenquote beträgt in Irland 16,6 Prozent, in den Niederlanden 15,6 Prozent, in Belgien 13,4 Prozent, in Italien 12,8 Prozent, in Großbritannien 11,5 Prozent. In der Bundesrepublik gibt es 2,5 Millionen Sozialhilfeempfänger, 2,2 Millionen offiziell erfaßte Arbeitslose, mindestens eine Million nicht registrierte; dazu Kurzarbeiter und 365 000 Jugendliche zwischen 20 und 25 Jahren, die keine Lehrstelle oder keinen Ausbildungsplatz haben und keine Hoffnung. „Die Gefahr, daß ein Viertel der Bevölkerung ins gesellschaftliche und ökonomische Abseits gedrängt wird, läßt sich nicht mehr von der Hand weisen", warnt ein Wissenschaftler.

R. Hechler

Vorankündigung

Arbeiterkonzert der DKP

1. Dezember 1984, 19.30 Uhr

Stadthalle Walldorf

Mit:
Hallesche Philharmonie
Dirigent: Olaf Koch

Programm:

Smetana: Ouvertüre zu „Die verkaufte Braut"
Chopin: Klavierkonzert Nr. 1 f-Moll op. 21
Mussorgski: „Bilder einer Ausstellung"

Gesehen – erlebt

Gedanken zum 35. Jahrestag der DDR

Viel las, sah und hörte man in den letzten Tagen zum 35. Jahrestag der DDR. Dazu gehörte der übliche Antikommunismus ebenso wie mancher objektive Bericht über das Leben und Arbeiten in der DDR.
Ich hatte die Möglichkeit in diesen Tagen in der DDR, Bezirk Frankfurt/Oder, zu sein. In zahlreichen Gesprächen und Besichtigungen von kommunalen Einrichtungen, konnte ich mir ein Bild machen, wie das so aussieht mit dem real existierenden Sozialismus.
Besonders beeindruckt haben mich die Gespräche im Ausbildungszentrum des Eisen- und Stahlkombinats in Eisenhüttenstadt.
Dieses Kombinat verfügt über ein Ausbildungszentrum in dem 1 383 Lehrlinge in 20 Berufen ausgebildet werden. Angeschlossen sind diesem Ausbildungszentrum 2 Internate, in denen die Jugendlichen, die von außerhalb kommen, untergebracht sind. Ebenso gehören Freizeit-, soziale und ärztliche Einrichtungen dazu. Die Lehrzeit beträgt, bei Abschluß der 10. Klasse, 2 Jahre. Außer der Lehrwerkstatt, die vorbildlich ausgestattet war, gibt es im Betrieb selbst eigene Ausbildungsarbeitsplätze, wo die Lehrlinge von Facharbeitern betreut werden und so auf den Beruf vorbereitet werden. Am Ende der Lehrzeit ist es selbstverständlich, daß der Jugendliche seinen Arbeitsvertrag in der Tasche hat. Er braucht sich keine Sorgen um seine Zukunft zu machen. Warum hat mich dieses Ausbildungszentrum so beeindruckt? Ich mußte an die Tausenden von arbeitslosen Jugendlichen in unserem Land denken, die keine Chance haben, einen Beruf zu erlernen, geschweige denn, hinterher einen Arbeitsplatz zu haben. Die eine Perspektive für ihre Zukunft nicht sehen.
Dies ist nur ein Beispiel. Fortsetzen könnte ich das über Schilderungen der Einrichtungen des Gesundheitswesens, über die Einrichtungen von Kindergärten und Horte, über die Versorgung der Rentner. Selbstverständlichkeiten in der DDR.
Sicherlich gibt es auch im 35. Jahr des Bestehens der DDR noch Probleme. Probleme aber, die erkannt werden, um deren Abschaffung man arbeitet und ringt. Aber unbestreitbar wurde in der sozialistischen DDR Wirklichkeit, was vielen in der Bundesrepublik auch heute unerreichbar scheint: gesicherte Ausbildungs- und Arbeitsplätze für alle, eine gesicherte Zukunft für Kinder, ein Leben ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.
Und dazu kann man zum 35. Geburtstag nur seinen Glückwunsch aussprechen.

Friedl Küspert

„Es gibt nichts Notwendigeres in diesen Tagen, als ein solches Buch"

KARL-HEINZ GEIL, PFARRER

Das fünfte Buch der „blickpunkt"-Redaktion ist erschienen, 1984, mit vielen Beiträgen verschiedenster Autoren. Vielfältig sind auch die Beiträge. Da schreibt der Arbeiter und der Schriftsteller, der Pfarrer und der Angestellte, der Junge und der Alte...
Gewiß: insgesamt ist das Buch eindeutig ein wenig einseitig. Doch: Wenn es um den Frieden geht, kann man vielleicht nicht einseitig genug sein. Oder? Vielleicht hätte deutlich werden müssen, daß es zwei Seiten gibt, die zwischen sich den Frieden ausmachen...
Andererseits gilt immer noch: man muß vor der eigenen Tür mit dem Kehren anfangen.
Darum darf man sicher sagen: Es gibt nichts Notwendigeres in diesen Tagen, als ein solches Buch; zeigt es doch nicht nur in den ansprechenden Texten und in den zum Teil vorzüglichen Bildern eine zwar regional dargestellte, aber weit über unsere Stadt und Region hinausgehende Entwicklung: Arbeiterbewegung, Naturfreunde, Kirche, Gesellschaft überhaupt... auf dem Weg zum Frieden? — Mindestens werden die Wege vielfältiger und die Zahl derer, die diese Wege — nicht ohne Schwierigkeiten und Entbehrungen — gegangen sind und noch gehen, wird immer größer.
Der Bogen spannt sich von Brecht über Kästner bis Härtling. Viele individuelle Akzente, aber alle auf das eine, wichtigste Ziel hinweisend, auf den Frieden.
Gelegentlich wird in unseren Tagen der Vorwurf laut, diejenigen, die sich für Abrüstung und Frieden einsetzen, machten Angst, machten Panik, seien Träumer ohne Bezug zur Realität. Dieses Buch — mag es auch ein wenig einseitig sein — macht keine Angst, es enthält auch keine Träumereien, die an der Realität vorbeigehen — dieses Buch macht Hoffnung, es zeigt ein Ziel; es macht deutlich, daß die, die den längeren Atem haben, die Geduld und die Beharrlichkeit, dem Ziel Frieden immer näher kommen.
Ein Traum? Nein, die Wirklichkeit. Denn wer den Frieden will, wird bei sich und mit sich selber beginnen und ihn auch gewinnen; denn den Sanften wird dereinst unsere Erde gehören.

Die Auswahl

Haben Sie es schon gemerkt? Nicht nur die Formulierungen machen es, sondern auch die Auswahl. Wenn die Junge Union, die Jugendorganisation der CDU, alte Möbel für einen Jugendraum sucht, dann gibt es in der „Neuen Presse" darüber 12 Zeilen. O. K.! Wenn die DKP in der gleichen Stadt ihr fünftes, immerhin 200 Seiten starkes Geschichts- und Heimatbuch vorlegt — dann erscheint nichts — garnichts! Trotz Pressekonferenz und der anwesenden Journalisten, trotz Überreichung von Presseexemplaren an die verantwortlichen Journalisten. Ach ja, freie Presse — freie Meinung! „Freiheit, die sie meinen!" Vielleicht sollten Sie sich das Buch gerade jetzt kaufen.

Dank für Solidarität

Anläßlich der Streiks in der Metall- und Druckindustrie stellte die DKP-Fraktion einen Resolutionsantrag, der gegen die Stimmen der CDU angenommen wurde. Die Mehrheit der Mandatsträger erklärte sich solidarisch mit den Streikenden und Ausgesperrten, sie unterstützen die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung als Mittel zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit.

Von Triumph-Adler erhielten die Stadtverordneten folgendes Schreiben:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
der fast siebenwöchige Arbeitskampf der IG Metall in Hessen war am 4. Juli 1984 beendet.
Betriebsrat, Vertrauensleute und Belegschaft der Triumph-Adler AG, Werk Frankfurt, möchten es nicht versäumen, wenn auch verspätet wegen Werk-Urlaub, uns bei Euch recht herzlich zu bedanken, für die entgegengebrachte Solidarität in unserem gemeinsamen Kampf für die 35-Stunden-Woche.
Ihr habt uns mit Eurer Anwesenheit, Euren Spenden und Schreiben und als Streikposten manches erleichtert.
Durch Eure Solidarität habt Ihr uns immer wieder ermuntert und bestätigt, für die gemeinsame Sache weiter zu kämpfen, bis das Tabu der 40-Stunden-Woche durchbrochen war.
Mit freundlichem Gruß
Betriebsrat u. Vertrauenskörper

„Es gibt nichts Wichtigeres..."

UZ
Unsere Zeit
Zeitung der DKP

Erhältlich an Tankstellen, in Buchläden und bei den Mitgliedern der DKP Mörfelden-Walldorf

Antwort unbefriedigend

Der Gundbach und das Problem der Verschmutzung unserer Bäche schreit zum Himmel. Grund ist die mangelhafte Klärung der Abwässer der Einleiter am Oberlauf des Baches. Hier ist vor allem die US-Air-Base anzusprechen. Um den Mißstand der dortigen Kläranlage weiß man seit langem Bescheid. Nicht weniger als fünfzehn verschiedene Ämter und Behörden sind tangiert und „bemüht" der Misere Herr zu werden, doch bisher ohne Ergebnis.

Frage: Was hat der Magistrat der Stadt Mörfelden-Walldorf bezüglich der Ölverschmutzung am 11. Juli 1984 im Gundbach unternommen?

Antwort: Die Untere Wasserbehörde ist tätig geworden, jedoch konnte der Verursacher nicht festgestellt werden.

Frage: Welche Schritte unternahm der Magistrat in der Vergangenheit, damit Verschmutzungen des Gundbachs seitens der US-Air-Base unterbleiben?

Antwort: In zahlreichen Initiativen wurde immer wieder danach gedrängt, daß die Abwasserreinigung auf der Air-Base verbessert wird. Nach unserem letzten Informationsstand wurde die Kläranlage auf der Air Base technisch wesentlich verbessert.

Frage: Was gedenkt der Magistrat in Zukunft zu tun, damit die Amerikaner die Verschmutzung des Gundbachs unterlassen?

Antwort: Es ist keineswegs nachgewiesen, daß die Verschmutzungen des Gundbachs auf der Air-Base geschehen. Vielmehr kann vermutet werden, daß Verschmutzungen auch im Oberlauf nicht ausgeschlossen werden können. Dafür ist die Untere Wasserbehörde Offenbach und das Wasserwirtschaftsamt Wiesbaden zuständig.

Frage: Welche Möglichkeiten gibt es, um das Verursacherprinzip zur Anwendung zu bringen und welche Möglichkeiten zur Beseitigung der Folgen von Gewässerverschmutzungen werden in Angriff genommen?

Antwort: Wenn der Verursacher tatsächlich festgestellt werden kann, gibt es einschlägige gesetzliche Bestimmungen, Gewässerverunreinigungen zu ahnden.

Nichts tut sich also in der Sache der Verschmutzung des Baches und der Verfolgung von Umweltsündern. Der Amtsschimmel lahmt so sehr, daß er Verschmutzungen nicht beim Einleiter feststellen und Auflagen mittels Strafandrohung durchsetzen kann.

H. J. Oswald

Nachspiel zum Bürgerfest

Das Bürgerfest in Walldorf war ein Erfolg. Sommerliche Temperaturen, eine Seltenheit, bildeten den Rahmen. Trotz des guten Besuchs des Festplatzes und der einzelnen Stände, welche Vereine und Organisationen bewirtschafteten, hatte das Fest einen bitteren Nachgeschmack. Wohlgemerkt, die Stadt hatte zum Gelingen des Festes nicht wenig beigetragen; hatte die Organisation und Koordination – Zeltauf- und Abbau, Werbung etc. – übernommen. Darüberhinaus waren 20 000 DM bereitgestellt worden, um genannte Kosten zu begleichen. Der übrigen Betrag, der im Einzelfall schon recht hoch ausfiel, blieb den Vereinen übrig, hatten sie doch mit Speisen und Getränken auch entsprechende Einnahmen machen können. Ein Verein, der viel ehrenamtliche Helfer zum Zeltauf- und -abbau bereitstellte, hatte geringere Kosten als ein anderer, dessen Stand von der Zeltverleihfirma erstellt wurde. Die CDU machte sich zum Fürsprecher der Klagenden oder, sie hat wohl auch noch zu Klagen animiert, denn außer der CDU, die auch einen Bürgerfeststand betrieb, hatten Anfang Oktober alle Vereine die Rechnungen bei der Stadt bezahlt. Die CDU, sich die Gunst der Vereine erheischen wollend, stellte einen Antrag, der weitere Kosten dieses Festes von den Vereinen abnimmt. Nun haben auch wir nichts dagegen, daß die Vereine großzügig unterstützt werden, aber für die Gleichbehandlung gibt es die Vereinsbezuschussungen gibt es die Vereinsbezuschussungsrichtlinien. So beispielhaft sie auch sein mögen, alle Wünsche decken sie natürlich nicht ab, und sie sind auch abhängig von der Finanzlage der Stadt. In den letzten Jahren war es jedenfalls schon erforderlich dafür zu kämpfen, daß der Finanzrahmen nicht gekürzt wurde. Unsere Zustimmung zu diesem CDU-Antrag wäre auch nicht im Sinne der Vereine von Mörfelden-Walldorf, weil es sich hierbei dann um eine Bevorzugung von rund 20 Vereinen und Organisationen handeln würde. Die anderen restlichen 106 Vereine würden dann automatisch in die Röhre gucken. Kein Wunder also, daß die CDU mit ihrem Antrag eine glatte Bauchlandung machte.

H. J. Oswald

Namen, die es wert sind...

Schon öfter wurde unsere Fraktion darauf angesprochen, daß es gut wäre, wenn auch in Mörfelden, wie bereits in anderen Städten praktiziert, auf Zusatzstraßenschildern etwas über die Persönlichkeit ausgeagt würde, nach der die Straße benannt wurde.

Wie oft stellen wir fest, daß wir mit dem einen oder anderen Namen nicht alzu viel anzufangen wissen. Im besten Falle können wir ihn noch in die Reihe der Politiker, Musiker oder Maler einordnen. Der „blickpunkt" wird ab der nächsten Ausgabe jeweils eine dieser Personen näher vorstellen.
Die DKP-Fraktion hat einen entsprechenden Antrag dem Parlament vorgelegt.

Unser Vorschlag zum Beispiel:

Bonhoefferstraße

Bonhoeffer, Dietrich
Ev. Theologe
geb. 4. 2. 1906
ermordet im KZ 9. 4. 1945

Bonhoeffer, Dietrich, protestantischer Theologe, geb. 1906, tätig in der Bekennenden Kirche und in der Widerstandsbewegung, 1945, wie sein Bruder Klaus, im Konzentrationslager Flossenbürg von der SS erschossen.

In Mörfelden im Steinweggebiet gibt es eine Spitzwegstraße. Nicht jeder kennt Spitzweg und so kam es, daß einer der Arbeiter, die die Straßenschilder aufstellten, meinte, das Schild sei verkehrt und müsse zurückgehen, denn es könne entweder heißen Spitzweg oder Spitzstraße.
Sicherlich hätte der Maler Karl Spitzweg, geb. 1808, gestorben 1885, selbst sehr darüber gelacht, denn er wird als humorvoller Schilderer kleinbürgerlichen Lebens dargestellt. Heinz Hechler

Herbstaktion der Friedensbewegung

Fulda-Gab — wie es wirklich war

Nach den Friedensaktionen im osthessischen Raum bezeichnete man in der bürgerlichen Presse diese Aktionen als schwach, die Friedensbewegung hätte sich wohl zu viel vorgenommen, sie ist nicht mehr das, was sie einmal war, sie hat keinen Zuspruch mehr, die Beteiligung sei gering gewesen. Vor den Aktionen im Friedensherbst 1984 bezeichnete man die Mitglieder der Friedensbewegung als „Terroristen und Kriminelle".

Wie war das wirklich, in der Aktionswoche im Fulda Gap? In den Friedenscamps wurde eine Woche lang über Fragen des Stopps der Raketenstationierung, der aggressiven NATO-Strategie, der Kriegsvorbereitung in Hessen, der US-Kriegsführungskonzeption „AirLand Battle" diskutiert. Der weitgehend ländlichen Bevölkerung in der Fulda-Senke (Fulda Gap) hat vor allem die Opferbereitschaft der Teilnehmer der Friedenscamps imponiert. Bei sehr schlechtem Wetter wurde mit einfachen Zelten, viele Tage ausgehalten, wurden die Aktionen vorbereitet.
Die Aktionswoche trug dazu bei, mehr Menschen als bisher mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß die NATO-Manöver Teil unmittelbarer Kriegsvorbereitung sind. Gewalt geht von der Raketenstationierung und der AirLand-Battle-Strategie aus. Kriminelle sind jene, die unser Land zur Abschußrampe von Atomraketen machen.

Diese Friedenscamps trugen dazu bei, daß die Kundgebung in Fulda mit 50 000 Teilnehmern ein Erfolg wurde. Die Friedensbewegung hat einen Beitrag dazu geleistet, daß sich mehr Menschen daran beteiligen, den Stopp der Raketenstationierung zu verwirklichen.
Auch bei den weiteren Aktionen im Friedensherbst 1984 wird es darauf ankommen, die Friedensbewegung zu verbreitern. Den Herrschenden in unserem Land zu zeigen, daß die Friedensbewegung lebt, daß immer mehr erkennen, daß Aufrüstung und Sozialabbau zusammengehören, daß man sich dagegen wehren kann. Gemeinsam werden wir stark sein.

Am **3. November 1984** wird der nächste Höhepunkt im Friedensherbst '84 sein. In Bonn wird eine Solidaritätsdemonstration für den Frieden in Mittelamerika, insbesondere in Nikaragua, stattfinden.

Machen wir auch diese Demonstration zu einem Erfolg der Friedensbewegung. Drücken wir mit einer massenhaften Beteiligung unsere Solidarität mit dem von den USA bedrohten Nikaragua aus. Wir rufen die Bevölkerung auf, sich an dieser Demonstration zu beteiligen.

Friedl Küspert

„Gerechter unter den Völkern"

Der DKP-Kreisvorstand stellte in diesen Tagen eine Dokumentation vor, die dem Leben des einstigen Landrats des Kreises Groß-Gerau, Wilhelm Hammann, gewidmet ist, der jüngst in Israel durch die jüdische Stiftung Yal Vashem mit der Auszeichnung „Gerechter unter den Völkern" geehrt wurde. Damit wurde sein Einsatz zur Rettung jüdischer Kinder im KZ Buchenwald, gedacht.
Die Dokumentation schildert eindrucksvoll und lebendig das Leben des Landrats, Lehrers, Kommunisten und Widerstandskämpfers Wilhelm Hammann. Vielen älteren, die ihn kannten, wird diese Dokumentation ein besinnlicher Rückblick in die Zeit seines Wirkens sein. Der aufrechte Gang eines Mannes wie Wilhelm Hammann hat auch für unsere Zeit Bedeutung.
Die Broschüre ist für 5,-- DM bei allen Mitgliedern der DKP zu erhalten.

UZ unsere zeit
Die Zeitung der arbeitenden Menschen — Zeitung der DKP

Diese Zeitung gibt es als Tageszeitung und als Wochenendausgabe. Jeden Samstag wird sie im Freiverkauf von den Mitgliedern der DKP am Rathausplatz in Mörfelden angeboten.

Gibt es in der Bundesrepublik noch eine Zeitung, die so kompromißlos hinter den Forderungen der Gewerkschaften steht, die so ausführlich über die Aktionen der Friedensbewegung berichtet, und so engagiert für mehr Lehrstellen, sichere Arbeitsplätze und sich gegen Sozialabbau wendet, wie diese Zeitung, wie die „UZ"?

Am Beispiel der Samstagsausgabe vom 13. Oktober 1984 wird deutlich auf welcher Seite diese Zeitung steht. Da wird ausführlich über das Tarifangebot der öffentlichen Unternehmer berichtet und Zimmermanns Vorschlag als „Mogelpaket" bezeichnet.

Ferner steht auf der ersten Seite ein Aufruf von Julius Lehlbach, dem DGB-Landesbezirksvorsitzenden von Rheinland-Pfalz zur Teilnahme an der Menschenkette von Hasselbach bis Duisburg am 20. Oktober.

Weiterhin steht auf der ersten Seite ein Bericht über eine Pressekonferenz des DGB und des Städtetages über die Armut der Städte und Gemeinden und es wird Gerd Muhr, der stellvertretende Vorsitzende des DGB, zitiert, der sagte: „Mit der massenhaften Zunahme von Armut drohen in der Bundesrepublik amerikanische Verhältnisse". Dies sind nur einige Beispiele. Da wird weiter über Umweltprobleme, fehlende Lehrstellen, Abrüstungsschritte, Manöverschäden und Berufsverbote berichtet. Auch Kunst und Kultur kommen nicht zu kurz und in jeder Ausgabe werden eine Reihe von Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt bekannt gemacht. Auch die Fußballfans finden auf der Sportseite eine ausführliche Berichterstattung. Alles in allem eine Zeitung für alle Arbeiter und Angestellten, für alle Mitglieder der Friedensbewegung. Diese Zeitung ist auf ihrer Seite.

Samstag beim UZ-Verkauf werden selbstverständlich auch die 3 neu erschienenen Bücher der DKP mit angeboten. Sichern Sie sich noch vor dem „Ausverkauf":

- **„Es gibt nichts Wichtigeres", ein Bericht über das Streben nach Frieden mit Beispielen aus unserer Stadt von 1945 bis heute.**
- **„Ein großer Kampf", ein Bericht mit vielen Bildern über den Streik bei Opel in diesem Jahr, um die 35-Stunden-Woche.**
- **„Gerechter unter den Völkern", das Leben Wilhelm Hammans, Landrat, Lehrer, Kommunist und Widerstandskämpfer, eine Dokumentation.**

Aufruf zur Solidarität

Stopp den Berufsverboten

In der Bundesrepublik ist die Demokratie in Gefahr! Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Kohl beschleunigt gezielt den Abbau demokratischer Rechte.
Die Einschränkung und der Abbau politischer und sozialer Rechte für Einzelne und für einzelne Gruppen bedeutet Gefahr für die Rechte aller Bürger!

Die Massenprozesse gegen Demonstranten aus der Friedensbewegung, wie in Mutlangen, Bitburg und Ramstein zielen auf Einschüchterung und Kriminalisierung der Friedensbewegung und schränken die Demonstrationsfreiheit ein. Das Demonstrationsrecht soll verschärft werden. Maßregelungen, Entlassungen und Strafandrohung gegen Streikposten und Streikführer sollen den gewerkschaftlichen Widerstand insgesamt treffen.

Aber: Die Bäume wachsen für die da oben auch nicht in den Himmel!

Die Bundesregierung mußte wegen vieler Proteste Rückzieher machen: Die Volkszählung mußte ausgesetzt, die Einführung maschinenlesbarer Personalausweise aufgeschoben werden. Zahllose Berufsverboteverfahren waren z. T. nach 6 bis 8 Jahren für die Betroffenen erfolgreich. In Hessen, Bremen, Hamburg gibt es keine neuen Verfahren! Die Pläne zur Verschärfung des Demonstrationsrechtes konnten noch nicht durchgesetzt werden. Die Amnestie für Steuerhinterzieher (Parteispendenaffäre) mußte zurückgezogen werden. Warnstreiks mußten für zulässig erklärt, die Aussperrung eingeschränkt werden, die „kalte Aussperrung" mißlang.

Es bleibt dabei: Solidarität ist stärker als die Regierenden! Darum rufen wir unsere Mitbürger auf:

- Solidarität mit den Betroffenen! Unterstützt sie in ihrem Kampf um ihre Rechte, denn sie verteidigen auch unser aller Rechte!
- Beteiligt Euch an den Aktionen der demokratischen Bewegungen! Der beste Schutz der Verfassung ist die massenhafte, aktive Wahrnehmung der verfassungsmäßigen Rechte!

Wir fordern von der Bundesregierung und den Landesregierungen:

- Erhaltung des Handlungsspielraums für demokratische Bewegungen!
- Beendigung der Diffamierung demokratischer Bewegungen und Organisationen!
- Einstellung der Ausforschung und Bespitzelung, Beendigung der Datensammelei über die Bürger!
- Sofortige Beendigung der Berufsverbotepolitik!

Einen Dringlichkeitsantrag stellte die DKP-Fraktion in der letzten Stadtverordnetensitzung am 9. Oktober. Folgende Resolution zum Berufsverbot gegen einen DKP-Stadtverordneten in Marburg wurde gegen die Stimmen der CDU angenommen:

Seit Freitagmorgen, 28. September 84, ist der Postbeamte und Marburger Stadtverordnete, Herbert Bastian, von seinem Dienst suspendiert.
Bis Freitagmittag mußte er seinen Schreibtisch räumen. 20 % seiner Bezüge wurden gekürzt. Sein Schicksal mußten noch andere Beamte teilen.
Die neuerliche Suspendierung eines Beamten, der Mitglied der DKP ist, stellt eine neue Qualität in der Inquisitionspraxis von Bundespostminister Schwarz-Schilling dar. Mit der Dienstenthebung von Herbert Bastian richtet sich die Berufsverbotspraxis zum ersten Mal auch gegen einen parlamentarischen Mandatsträger unseres Landes. Zugleich stellt diese Praxis eine Verletzung der Grundsätze dar, die das Bundesverfassunsgericht im Jahre 1975 aufgestellt hat und die ein schematisches Vorgehen gegen Beamte ausdrücklich verbieten. Vielmehr muß nach dieser Entscheidung die „ganze Persönlichkeit des Beamten" einer gerechten Würdigung unterzogen werden. Die Mitgliedschaft in einer als „verfassungsfeindlich" eingestuften Partei reicht hier nicht aus. Dies gilt wie im Falle Bastian, erst recht, wenn es sich um einen unbescholtenen und tüchtigen, langjährig im öffentlichen Dienst tätigen Beamten handelt. Die Suspendierung eines solchen Beamten stellt eine groteske Verletzung unserer verfassungsrechtlichen Ordnung dar. Dies gilt umso mehr, als gerade wegen des Stadtverordnetenmandats, das ihm in den nun fünf Jahre dauernden „disziplinarischen Ermittlungen" zum Vorwurf gemacht wird. Dienstliche Vergehen oder Nachlässigkeiten irgendeiner Art können ihm nicht nachgesagt werden, vielmehr wurde sein dienstliches Verhalten in 25 Jahren Postdienst auch von Vorgesetzten immer als „untadelig" bezeichnet.
Die einstweilige Dienstenthebung und das geplante Berufsverbot richten sich also gegen die Wahrnehmung des Stadtverordnetenmandats. Damit wird ein massiver Angriff auf das aktive und passive Wahlrecht, auf demokratische Wahlen überhaupt gestartet. Gleichzeitig stellt diese Praxis sowohl Verfassungs- als auch Rechtsbruch dar. Denn das Grundgesetz und die Hessische Verfassung garantieren die Freiheit der Meinung und der politischen Überzeugung. Auch in unserer Hessischen Gemeindeordnung heißt es im § 35a: „Niemand darf gehindert werden, sich um ein Mandat als Gemeindevertreter zu bewerben, es anzunehmen und auszuüben. Benachteiligungen am Arbeitsplatz im Zusammenhang mit der Bewerbung um ein Mandat, der Annahme oder Ausübung eines Mandats sind unzulässig."
Die Stadtverordnetenversammlung von Mörfelden-Walldorf verteidigt die im Grundgesetz, der Hessischen Verfassung und der Hessischen Gemeindeordnung garantierten Rechte.
Wir fordern den Bundespostminister, Herrn Schwarz-Schilling, auf, das Disziplinarverfahren gegen den Postbeamten und Stadtverordneten Herbert Bastian einzustellen und ihn unverzüglich und ungehindert sein Mandat als Stadtverordneter in Marburg ohne Repressalien ausüben zu lassen.
Wir fordern weiterhin, die Aufhebung der Gehaltskürzungen und die Wiedereingliederung in seinen Arbeitsplatz.
Die Stadtverordnetenversammlung von Mörfelden-Walldorf erhebt schärfsten Protest gegen diese Berufsverbotepraxis in unserem Land.

Mörfelden gestern

Eine zusammengewürfelte Gesellschaft am „Kerwemontag" 1925, im Hof einer der ältesten Gaststätten in Mörfelden „Zum Frankfurter Hof" (Koban). Wer gerade in der Nähe war, stellte sich an der Treppe zum Saalaufgang in Positur. Auch die Großmutter, die anscheinend gerade beim Schweine füttern war, kam mit auf's Bild.
Die Zeit war auch damals nicht gerade rosig. Der 1. Weltkrieg erst 7 Jahre und die große Inflation erst 2 Jahre, vorüber. Die Arbeiter kämpften, wie heute, um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit. 120 000 Bauarbeiter waren in Deutschland im Jahre 1925 ausgesperrt. Trotzdem — Kerb (Kirchweih) wurde gefeiert.

Verantwortlich für den Inhalt: Rudolf Dötsch, 6082 Mörfelden, Schumannstraße 3; Druck: Eigendruck